

26. September 2022

Pressemitteilung

Annette Ruwwe | Pressesprecherin

c/o Der Paritätische NRW  
Loher Straße 7 | 42283 Wuppertal

Telefon: 0202 28 22 504  
Mobil: 0173 583 00 79

[presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de](mailto:presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

[www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

## Steigende Energiekosten: Wohnraum muss gesichert sein! Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert schnelle Hilfen

Angst, die Heizung aufzudrehen, Angst vorm nächsten Einkauf, Angst vor Wohnungsverlust – die aktuell immer weiter steigenden Energiekosten lösen in immer mehr Menschen Existenzängste aus. „Niemand sollte um seine Wohnung bangen müssen“, sagt Christian Woltering, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW nimmt in einem Positionspapier zu den steigenden Energiekosten Stellung und fordert das Land auf, schnelle und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen.

Die durch den Ukrainekrieg in Gang gesetzte Preissteigerungsspirale für Gas und Strom ist bisher ohnegleichen. Viele können die enormen Energiekostensteigerungen nicht mehr kompensieren. Hinzu kommen die Preiserhöhungen für Lebensmittel, Kraftstoffe und weitere Artikel des täglichen Lebens. Das löst viele berechtigte Sorgen und Ängste aus. „Wir dürfen die Menschen in dieser Situation nicht alleine lassen“, sagt Christian Woltering, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Es gilt die Menschen zu unterstützen, die ansonsten bald im Dunkeln und im Kalten sitzen, kein Geld für Lebensmittel haben und Schulden anhäufen. „Wir brauchen schnelle, zielgerichtete Hilfen seitens der Politik“, so Woltering. Eine mögliche schnelle Lösung? Der Landtag könnte ähnlich wie in anderen Krisen einen Fonds beschließen und Haushalten in Not auf Antrag Gelder zur Deckung der Energiekosten auszahlen. Das Geld würde sofort ausgezahlt und erst im Nachgang eine Prüfung erfolgen. Damit könnten die Haushalte Energiekosten begleichen und müssten nicht langwierig auf die Auszahlungen warten.

„Es ist 5 vor 12“, so Dr. Frank Johannes Hensel, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Armut und Sozialberichterstattung der Freien Wohlfahrtspflege NRW. „Die Bedrohung durch die explodierenden Kosten ist nicht länger nur für Leistungsbeziehende sondern auch für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen real“, so Hensel. Die Herausforderung ist groß. Es braucht die Vernetzung von Jobcentern, Kommunen, Stadtwerken/Energieversorgern, Wohnungsunternehmen, Vermieter\*innen, Verbänden usw. Für alle muss in oberster Priorität gelten, dass Menschen ihre Wohnung nicht verlieren dürfen, lautet die Forderung der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Darüber hinaus müssen Strom- und Gassperren vermieden und das Existenzminimum gewährleistet werden. Außerdem dürfen steigende Energiekosten nicht dazu führen, dass Menschen in die Überschuldung geraten.

---

Das Positionspapier zu den steigenden Energiekosten finden Sie [hier](#).

---

## Hintergrundinfo: Die Freie Wohlfahrtspflege in NRW

In der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW haben sich die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, der Paritätische, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonischen Werke und die Jüdischen Gemeinden mit ihren 16 Spitzenverbänden zusammengeschlossen. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW weist auf soziale Missstände hin, initiiert neue soziale Dienste und wirkt an der Sozialgesetzgebung mit. Mit ihren Einrichtungen und Diensten bieten sie eine flächendeckende Infrastruktur der Unterstützung für alle, vor allem aber für benachteiligte und hilfebedürftige Menschen an. Ziel der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege NRW ist die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen und die Sicherung bestehender Angebote.

[www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)